

Sitzung des Gemeinderates

TOP 1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 18. Juli 2011 wurden folgende Beschlüsse gefasst, die gemäß § 35, Absatz 1, der Gemeindeordnung hiermit bekannt gegeben werden:

- Zustimmung zur vorgeschlagenen Besetzung der Schulleiterstelle an der Alten Schule mit Frau Sylvia Schimmeier
- Stundung und Erlass der Gewerbesteuer einer Firma

TOP 2: Nachtragshaushaltssatzung 2011

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erklärt, dass die Gemeinde, nach § 82 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg, eine Nachtragssatzung mit Nachtragsplan zu erlassen hat, wenn im Vermögenshaushalt erhebliche Ausgaben zu leisten sind, für die bisher noch kein oder kein ausreichender Ansatz vorhanden war. Bürgermeister Kappenstein kommt sodann auf wichtige Haushaltsveränderungen zu sprechen. Auch im Verwaltungshaushalt seien zusätzliche Ausgaben entstanden, die nun mit aufgearbeitet werden. Mehrausgaben gab es beispielsweise für die ELA-Anlage in der Alten Schule mit 60.000 Euro, die Heizkörperverkleidungen in der Neurottschule mit 45.000 Euro, die Heizungsanlage in der Seniorenwohnanlage Gassenäcker mit 40.000 Euro, die dringende Sanierung des Duschtraktes in der Turnhalle bei der Neurottschule mit 60.000 Euro, die Elektroinstallation in der Schulturnhalle Schwetzinger Straße mit 30.000 Euro und die Betonsanierung der Leichenhalle mit 200.000 Euro.

Im Vermögenshaushalt seien unter anderem folgende zusätzliche Ausgaben vorgesehen: 440.000 Euro für die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr Ketsch und 900.000 Euro bei der Nachfinanzierung für den Kindergarten „Villa Sonnenschein“. „Zum Glück stehen für diese zusätzlichen Ausgaben auch Mehreinnahmen zur Verfügung, beispielsweise bei der Gewerbesteuer und den Anteilen bei der Einkommenssteuer, insgesamt rund 1,2 Millionen Euro“, sagt Bürgermeister Kappenstein. Ziehe man hiervon die zusätzlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt ab, so verbessere sich die ursprünglich geplante Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt um 500.000 Euro. Insgesamt schließe der Nachtragsplan im Verwaltungshaushalt mit einer Deckungslücke von 905.000 Euro und der Vermögenshaushalt mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2,2 Millionen Euro und zusätzlichen Einnahmen von 816.000 Euro ab. Die Netto-Mehrausgaben von 1,589 Millionen Euro werden über die Rücklagenentnahme finanziert. Zum Ende des Jahres 2011 werde sich diese allgemeine Rücklage auf 2,6 Millionen Euro belaufen gegenüber der ursprünglich geplanten Summe von 655.000 Euro. Trotz dieser zusätzlichen Ausgaben sei also eine Verbesserung der Rücklagen zu verzeichnen.

Gemeinderat Helmut Schmid (CDU) bringt zum Ausdruck, dass rund 1,2 Millionen Euro Mehreinnahmen durchaus erfreulich wären, wenn diese nicht um ein Doppeltes von außerplanmäßigen Ausgaben verzehrt werden würden. Begrüßenswert sei es dennoch, dass diese Deckungslücke nicht durch eine Kreditaufnahme, sondern durch die Auflösung von Rücklagen ausgeglichen werden könne. Gemeinderat Schmid hebt hervor, dass dem Haushaltsplan keine groben Schätzungen, sondern fundierte Zahlen zugrundeliegen. Der Haushaltsplan sei Richtschnur und Leitlinie für die Haushaltspolitik, dennoch könne es in bewegten Zeiten auch einmal anders kommen. Hier nennt Gemeinderat Schmid einzelne Mehrausgaben, von denen 10 Maßnahmen einen gebäudlichen Hintergrund haben. In diesem Zusammenhang wirft Gemeinderat Schmid dem Bauamt vor, nicht langfristig genug geplant zu haben. Die CDU-Fraktion habe schon des Öfteren angeregt, regelmäßig eine Übersicht über notwendige Reparaturen vorzulegen, ähnlich wie beim Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplan.

Bürgermeister Kappenstein macht deutlich, dass einige dieser Ausgaben durchaus vorgesehen waren, aber aufgrund fehlender Mittel gestrichen werden mussten. Sehenden Auges in die

Verschuldung hineinzurennen wäre keine Lösung gewesen, deshalb sei zunächst nur die Möglichkeit geblieben, Sanierungen zu verschieben. Jetzt sei es jedoch notwendig, die Sanierungen nachzuholen, was durch die verbesserte Einnahmesituation bei den Steuern nun auch möglich sei. Die Anregung, die Liste über Gebäudezustände zu einem bestimmten Termin vorzulegen, werde gerne aufgenommen.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) unterstreicht, dass es 2011 außerplanmäßige und teilweise unvorhersehbare Ausgaben gegeben habe. Diese seien zum Erhalt und zur Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur erforderlich. Positiv sei, dass auch Mehreinnahmen verbucht werden konnten. Eine Steigerung der Zuweisungszahlen und Gewerbesteuererträge deuten auf eine bessere Konjunkturlage hin, die aber – im Hinblick auf die Eurokrise – nicht als stabil bezeichnet werden kann.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) nennt einige Eckdaten aus dem Nachtragshaushaltsplan und führt unter anderem aus, dass sich die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts um 691.900 Euro auf insgesamt 24.304.000 Euro erhöhen. Im Vermögenshaushalt seien zusätzlich für Anschaffungen, Baumaßnahmen und Sanierungen rund 2,4 Millionen Euro vorgesehen. Das Volumen des Vermögenshaushaltes erhöhe sich auf 4.040.400 Euro.

Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) merkt an, dass die Zahlen in Ordnung seien und dass es daran nichts zu kritisieren gebe.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat die Nachtragssatzung mit Nachtragsplan für das Haushaltsjahr 2011.

TOP 3: Annahme von Spenden

Kämmerer Gerd Pfister erläutert, dass der Gemeinderat, nach einem Grundsatzbeschluss vom 13.11.2006, einmal jährlich über die Annahme von Spenden bis 1.000 Euro zu entscheiden habe. Spenden, die über diesem Betrag liegen, müssen zeitnah beschlossen werden. Da die Spendenaktion für Familie Rosenberger einen Betrag von 30.000 Euro erreichte und eine weitere Spende über 1.000 Euro einging, sei ein entsprechender Beschluss zu fassen. Insgesamt seien von Januar bis August 35.276,66 Euro an Spenden eingegangen. Namens der Gemeinde spricht Kämmerer Pfister den Spendern seinen Dank aus.

Auch alle Fraktionen danken den Spendern für ihre Unterstützung und Hilfsbereitschaft. Insbesondere der Spendenbeitrag für Familie Rosenberger findet in den Fraktionen großes Lob und Anerkennung.

Gemeinderat Christian Jörgen (CDU) betont, dass eine Spendenbereitschaft nicht selbstverständlich sei und dass man dies zu schätzen wisse. Gemeinderat Tarek Badr (SPD) fügt hinzu, dass es sogar eine Spende für die Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ gegeben habe. Dies zeige, wie wichtig den Bürgern eine solche Einrichtung ist.

Der Gemeinderat stimmt der Annahme und Weitergabe der Spenden einstimmig zu.

TOP 4: Abwasserbetrieb Ketsch, Kreditaufnahme bei der L-Bank

Kämmerer Gerd Pfister informiert, dass im Wirtschaftsplan 2011 für die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen des Betriebes ein Ansatz von 1 Million Euro an Kreditaufnahmen vorgesehen worden sei. Bisher seien im Jahr 2011 rund 550.000 Euro verbaut worden; bis Ende des Jahres werden voraussichtlich nochmals 200.000 Euro benötigt. Die L-Bank Baden-Württemberg biete zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen der rechtlich unselbstständigen kommunalen Eigenbetriebe im Programm „Investitionskredit Kommune Direkt“ Kreditkonditionen deutlich unter den derzeitigen Marktzinsen an. Diese Kredite werden abschnittsweise auf das Wirtschaftsjahr bezogen gewährt. Die Zinssätze seien im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren sehr niedrig. Es erscheine daher angeraten, sich diese Konditionen langfristig zu sichern. Die Betriebsleitung habe daher für das

Haushaltsjahr 2011 ein Darlehen von 750.000 Euro mit einer Laufzeit von 30 Jahren, davon 5 tilgungsfreie Jahre, mit einer Zinsbindung von 10 Jahren und einer Auszahlung von 100 Prozent bei der L-Bank beantragt. Die Zinsen dafür betragen aktuell 2,54 Prozent. Auf dem Kreditmarkt gebe es keine vergleichbaren Angebote.

In den Fraktionen herrscht Einigkeit darüber, dass der Kredit für sinnvolle Maßnahmen aufgenommen werde und dass die Konditionen einmalig gut seien.

Der Gemeinderat stimmt der Aufnahme eines Darlehens bei der L-Bank Baden-Württemberg in Höhe von 750.000 Euro einstimmig zu.

TOP 5: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“: Dachdeckerarbeiten / Auftrags-vergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach berichtet, dass nach Regenfällen festgestellt worden sei, dass die Flachdacheindeckung undicht ist. Mehrere Abdichtungsarbeiten brachten keinen Erfolg. Daraufhin habe ein Bauphysiker das Dach und seine Schäden überprüft und kam zu dem Ergebnis, dass das Flachdach desolat ist und komplett erneuert werden muss, um eine zuverlässige Dichtigkeit gewährleisten zu können. Hierfür sei mit Kosten von rund 130.000 Euro zu rechnen. Nach eingehender Besprechung mit dem Ingenieurbüro seien, aufgrund der Zeit-Knappheit, zwei Fachfirmen angeschrieben und zur Angebotsabgabe aufgefordert worden. Die Angebote setzen sich zusammen aus regulär ohnehin anfallenden Klempner- und Dachdeckerarbeiten sowie aus Zusatzarbeiten für die Erneuerung des Flachdaches und für die Dachbegrünung. Das günstigere Angebot habe die Firma Föhner GmbH aus Heidelberg mit 264.116,78 Euro abgegeben. Die Firma Föhner fange unverzüglich mit der Arbeit an.

Gemeinderat Thomas Franz (CDU) möchte wissen, ob die Ursache für das undichte Flachdach ein Planungsfehler oder ob die Ausführung mangelhaft gewesen war. Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass die Arbeit der Firma qualitativ nicht hochwertig war und dass Regressansprüche geprüft werden.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) erkundigt sich, warum keine Ketscher Firma angeschrieben wurde. Bauamtsleiter Keilbach erklärt, dass der Zeitfaktor eine wichtige Rolle gespielt habe. Zudem biete nicht jede Firma eine solche Folienabdeckung für Flachdächer an.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) bittet – für einen besseren Überblick über reguläre und zusätzliche Arbeiten – um eine Zusammenstellung der Aufträge.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) macht deutlich, dass er mit der Dachbegrünung, die einen erheblichen Kostenanteil ausmache, nicht einverstanden sei. Zudem sei die Umkonstruktion des Daches dem Fortschreiten des Projekts nicht förderlich. Da die Kindertagesstätte jedoch schnellstmöglich fertig werden sollte, wolle sich die FDP-Fraktion der Stimme enthalten. Bürgermeister Kappenstein erinnert daran, dass die Flachdachbegrünung bereits ein Bestandteil des ursprünglichen Konzepts mit der Firma Simon gewesen sei. Es sei zu vermuten, dass die Kostenberechnungen der Firma Simon generell zu niedrig kalkuliert worden waren.

Bei zwei Enthaltungen ergeht der mehrheitliche Beschluss, den Auftrag für die Ausführung der Dachdeckerarbeiten an die Firma Föhner GmbH aus Heidelberg zu deren Angebotspreis von 264.116,78 Euro inklusive Mehrwertsteuer zu vergeben. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 6: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“: Fassadenarbeiten / Auftragsvergabe

Für die Fassadenarbeiten erfolgte eine beschränkte Ausschreibung an drei Firmen, die alle Angebote abgaben, informiert Bauamtsleiter Keilbach. Das günstigste Angebot sei von der Firma Schneider Fassaden aus Rheinstetten mit 116.769,35 Euro eingereicht worden.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) bedauert, dass fast alle Arbeiten von auswärtigen Firmen gemacht werden und fragt nach, ob die Fassade so gestaltet werde wie es die Firma Simon vorgeschlagen

haben. Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass es Überlegungen gebe, die Farbgestaltung nicht ganz so intensiv zu machen.

Der Auftrag für die Fassadenarbeiten wird einstimmig an die Firma Schneider Fassaden aus Rheinstetten zu deren Angebotspreis von 116.769,35 Euro inklusive Mehrwertsteuer vergeben. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 7: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“: Außenanlagearbeiten / Auftragsvergabe

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erläutert, dass zu diesen Außenanlagearbeiten eine Zaunanlage sowie Pflaster- und Verlegearbeiten für den Kanal und die Versickerungsrohre gehören. Bauamtsleiter Hans Keilbach informiert, dass auf die öffentliche Ausschreibung hin fünf Firmen ihre Angebote abgegeben haben, das günstigste sei von der Firma Kühnle aus Reilingen mit 42.818,46 Euro gewesen.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) möchte wissen, ob dem Gemeinderat irgendwann einmal ein Plan darüber vorgelegt worden sei, wie das Außengelände einmal aussehen soll. Bürgermeister Kappenstein antwortet, dass die Gestaltung des Gebäudes samt Außenbereich ganz zu Beginn des Projektes vorgestellt worden sei. Er werde jedoch veranlassen, dass ein solcher Plan wieder vorgelegt wird.

Einstimmig wird beschlossen, den Auftrag für die Außenanlagearbeiten an die Firma Kühnle aus Reilingen zu deren Angebotspreis von 42.818,46 Euro inklusive Mehrwertsteuer zu vergeben. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 8: Installation einer ELA-Anlage in der Alten Schule

Bauamtsleiter Keilbach berichtet, dass die ELA-Anlage in der Alten Schule desolat und daher außer Betrieb sei. Angesichts der Ereignisse in anderen Schulen sei es notwendig, mit Durchsagen, beispielsweise für Feueralarm, sämtliche Klassen- und Schulräume zu erreichen. Zunächst soll die neue ELA-Anlage in der Alten Schule installiert werden. Die Neurotschule sei recht gut ausgestattet, hier könnte eventuell im nächsten Jahr aufgerüstet werden. Die Anlage wurde vom Ingenieurbüro PBS, Herr Maik Schlichting, konzipiert und öffentlich ausgeschrieben. Nur die Firma Münch aus Brühl habe sich daran beteiligt. Das Angebot beinhalte neben der eigentlichen ELA-Anlage auch die Verlegung von Datenleitungen als Vorbereitung einer EDV-Installation, um die Schule zukunftsfähig auszustatten.

Gemeinderat Michael Seitz (CDU) hebt hervor, dass eine solche Anlage für die reibungslose innerschulische Kommunikation und für ein höheres Maß an Sicherheit wichtig sei. Die qualitativen Leistungen der Firma Münch stehen außer Frage.

Gemeinderat Joachim Hartung (FDP) begrüßt es, dass auch eine EDV-Installation vorbereitet wird und wünscht der Anlage für die Zukunft, dass es keine Notfälle gibt.

Rudi Kurbiuhn (FWV) unterstreicht, dass ein Notfall-Warnsystem in einer Schule ein absolutes Muss sei und auch Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) ist der Meinung, dass eine Alarmanlage in einer Schule heutzutage unerlässlich sei.

Der Auftrag für die Installation einer ELA-Anlage in der Alten Schule wird einstimmig an die Firma Münch aus Brühl zu deren Angebotspreis in Höhe von 69.834,50 Euro inklusive Mehrwertsteuer erteilt. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 9: Radwegebeleuchtung Brühl und Schwetzingen, Auftragsvergabe

Bauamtsleiter Hans Keilbach erklärt, dass die Gemeinde den Träger der Ketscher Straßenbeleuchtung, die EnBW Energie AG, gebeten habe, die Beleuchtungsanlagen zu planen und die Kosten hierfür zu errechnen. Nach Schwetzingen soll der Radweg vom Gelände der 06-Ketsch

aus bis zum Parkplatz des Schwetzingener Sportstadions beleuchtet werden. Die Berechnung gehe von 29 Radwegleuchten aus, die mit Philips LED-Radwegleuchten-Aufsätzen mit 31 Watt Leistung ausgestattet sind. Die Brückenbauwerke seien ausgespart; der Zwischenraum von Autobahn und Schnellbahntrasse werde ausgeleuchtet. Die Kostenschätzung für diese Maßnahme liege bei knapp 94.000 Euro. Für die Ausleuchtung des Radweges in Richtung Brühl sei die Anbindung im Neurott am Fichtenweg geplant. Eine auf privater Initiative durchgeführte Zählung der Schüler, die den Weg benutzen, habe gezeigt, dass diese Verbindung eher angenommen wird. Der Weg „Schwetzingener Viehtrieb“ sei jedoch vollkommen neu mit Erdkabel und Leuchten auszustatten. Für die gesamte Länge seien 34 Radwegleuchten mit Philips LED-Aufsätzen und 31 Watt Leistung errechnet worden. Die Kosten für diese Maßnahme seien mit rund 96.000 Euro veranschlagt worden.

Der nähere Umgebungsbereich der Aussiedlerhöfe im Gewann „Brühler Pfad“ sei durch die rege Pensionspferdehaltung und daneben durch eine erhebliche Fahrradfahrernutzung geprägt, fährt Bauamtsleiter Keilbach fort. „Zur Wahrung der Verkehrssicherheit sollte auch hier, zumindest in einem Teilbereich, die Ausleuchtung des Weges erfolgen.“ Es sei vorgesehen, 5 Radwegleuchten mit Philips-Aufsätzen (31 Watt) zu errichten. Die kalkulierten Kosten hierfür belaufen sich auf etwa 16.500 Euro.

Auf Wunsch des Gemeinderates werde eine Bemusterung der vorgesehenen Leuchten erfolgen. Die energiesparenden LED-Leuchten sollen eine lange Lebenszeit haben, hier gelte es nun, eigene Erfahrungen zu sammeln.

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erinnert daran, dass der Jugendgemeinderat bereits vor einigen Jahren vorgeschlagen habe, die dunklen Schul-Radwege in Richtung Brühl und Schwetzingen zu beleuchten, da sie auch am Wochenende stark frequentiert seien. Mit den LED-Leuchten habe man hierfür nun eine gute Möglichkeit gefunden, ausreichend Licht zu bekommen ohne dass die Autofahrer geblendet werden. Eine Besichtigung solcher Leuchten sei, im Rahmen der Bauausschusssitzung, für den 10. Oktober 2011 in Ladenburg geplant.

Gemeinderätin Helena Moser (CDU) begrüßt es, dass dieses Thema nach langen Diskussionen endlich in die Tat umgesetzt wird. Die Beleuchtung biete Radfahrern und insbesondere den Schülern mehr Sicherheit. Gemeinderätin Moser dankt für das Engagement der privaten Zählung.

Gemeinderat Gerhard Jungmann (SPD) kommt darauf zu sprechen, dass das Projekt bei den ersten Vorschlägen des Jugendgemeinderates aus Kostengründen nicht weiter verfolgt worden sei. Die SPD-Fraktion habe diese Idee dann erneut aufgegriffen und im März 2010 den Antrag gestellt, die Kosten nochmals zu prüfen; es habe intensive Diskussionen gegeben und fraktionsübergreifend sei es befürwortet worden, das Projekt in Angriff zu nehmen. „Von der Beleuchtung werden nicht nur die Schüler profitieren, sondern alle, die mit dem Fahrrad im Dunkeln unterwegs sind“, unterstreicht Gemeinderat Jungmann und erkundigt sich, ob eine finanzielle Beteiligung der Nachbargemeinden denkbar sei. Bürgermeister Kappenstein erläutert, dass der Radweg in Richtung Schwetzingen vollständig auf Ketscher Gemarkung liege. Beim Radweg nach Brühl liege ein kleiner Teil auf Brühler Gemarkung. Hier werde man das Gespräch suchen und auf die Vorteile einer Beleuchtung – auch für die Brühler Jugend – aufmerksam machen.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) bewertet es positiv, dass dieser lange gehegte Wunsch der Jugend nun in Erfüllung geht und appelliert an die Radfahrer, nicht zu vergessen, ihr eigenes Radlicht einzuschalten.

Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) sieht keine Notwendigkeit gegeben zur Beleuchtung der Radwege nach Brühl und Schwetzingen. Aufgrund der Autoscheinwerfer sei auf dem Weg nach Schwetzingen das eigene Licht am Fahrrad ausreichend, zudem gelte es zu bedenken, wann eine Wegbeleuchtung überhaupt gebraucht werden würde. In den meisten Monaten sei es um 7 Uhr morgens schon hell und in den dunkelsten Wochen liegen die Weihnachtsferien. Es handle sich daher nur um wenige Wochen im Jahr, für die man eine solche Anlage, die mit nicht unerheblichen Kosten

verbunden ist, verantworten kann. Außerdem seien die Lampen Zielscheiben für Vandalismus. Für die Schüler, die im Winter nicht auf den Bus umsteigen, sondern dennoch mit dem Rad unterwegs sind, biete sich an, in Gruppen zu fahren. Eine solche Gruppenbildung könnte für die Wintermonate in der Schule gefördert und organisiert werden.

Bei zwei Gegenstimmen erfolgt der mehrheitliche Beschluss, dass die EnBW Regional AG den Auftrag für die Beleuchtung der Schulwege in Richtung Brühl und Schwetzingen sowie eines Teilbereiches des Radweges Brühler Pfad zum Angebotspreis in Höhe von insgesamt 206.734,77 Euro inklusive Mehrwertsteuer erhält.

TOP 10: Einrichtung eines gärtnergepflegten Grabfeldes auf dem Friedhof

Bauamtsleiter Hans Keilbach schildert, dass ein gärtnergepflegtes Grabfeld in unmittelbarer Nähe der Leichenhalle angelegt werden soll. Es handle sich um eine relativ kleine Fläche, die zunächst als Versuchsfeld anzusehen ist. Sollte die Nachfrage vorhanden sein, könnten weitere Flächen entsprechend erschlossen werden. Hintergrund der Maßnahme sei es, Menschen, die nicht in Ketsch wohnen oder nicht mobil sind, die Möglichkeit zu bieten, das Grab pflegen zu lassen. Die Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner (GBF) übernehme sämtliche Kosten für die Anlegung und den Betrieb des Sondergrabfeldes. Hierfür werde mit der Gemeinde ein Vertrag geschlossen. Die Nutzer der Einrichtung seien dann verpflichtet, mit der GBF einen Pflegevertrag für die Dauer des Grabnutzungsrechtes abzuschließen. Die Einrichtung eines gärtnergepflegten Grabfeldes sei eine Bereicherung im Angebot für den Ketscher Friedhof.

Gemeinderätin Carmen Gaa (CDU) merkt an, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Familienstruktur verändert habe. Es seien nicht mehr so viele Angehörige vor Ort, denen man die Grabpflege anvertrauen kann. Das gärtnergepflegte Grab stelle eine echte Alternative zur Urnenwand dar und die Angehörigen können sicher sein, dass das Grab gepflegt wird.

Gemeinderat Joachim Hartung (SPD) begrüßt die Entscheidung für ein erweitertes friedhöfliches Angebot. In anderen Gemeinden gebe es bereits solche Einrichtungen – mit wachsender Nachfrage. Ein gärtnergepflegtes Grab biete Angehörigen die Möglichkeit, auch dann eine traditionelle Bestattung zu wählen, wenn sie sich nicht um das Grab kümmern können. Auf diese Weise sei man nicht nur auf die „pflegeleichte“ Urnenwand angewiesen.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) befürwortet das Angebot zum Abschluss eines Vertrages für die dauerhafte Grabpflege. Hinter der Idee stehe vor allem der Wunsch vieler Menschen nach einem individuell gestalteten Grab als Ort für ihre Trauerbewältigung, auch wenn sie die aufwändige und langfristige Grabpflege nicht übernehmen können. Mit der neuen Einrichtung können Angehörige künftig ein Rundumpaket für Sarg- und Urnenbestattungen wählen, in welchem die Kosten der gärtnerischen Grabanlage sowie die gärtnerische Grabpflege für die komplette Nutzungszeit enthalten sind.

Auch Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) signalisiert Zustimmung für ein gärtnergepflegtes Grabfeld.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, dass durch die Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG auf dem Ketscher Friedhof ein gärtnergepflegtes Grabfeld angelegt und betreut wird.

TOP 11: Berichte des Bürgermeisters

- Bürgermeister Kappenstein informiert darüber, dass 430 Mädchen und Jungen an 55 Veranstaltungen des Kinderferienprogramms teilgenommen haben und spricht allen beteiligten Vereinen für die hervorragende Gestaltung seinen Dank aus.

- Bürgermeister Kappenstein gibt bekannt, dass der dritte Bauabschnitt der Kanalsanierung in der Hockenheimer Straße begonnen habe und dass im Vorfeld alle Anwesen beweissicherungstechnisch begangen und in die Liste aufgenommen worden seien.
- Bürgermeister Kappenstein kündigt an, dass es voraussichtlich am 27. November 2011 eine Volksabstimmung zum Thema „Stuttgart 21“ geben werde. Der Verwaltungsaufwand entspreche dem einer Landtagswahl.

TOP 12: Anfragen der Gemeinderäte

Die Anfragen der Gemeinderäte beziehen sich auf folgende Sachverhalte:

- Dachständer der EnBW
- Randsteinpflege in der Straße Am Friedhof
- Eingangstor zum Friedhof
- Feldweg zum Seehaus
- Ampelanlage im Talhaus
- Fußgängerampel in der Schwetzingen Straße
- Fehlendes Straßenschild in der Karlsruher Straße
- Alte Brücke an der Grillhütte
- Straßenschaden in der Goethestraße
- Veranstaltung im See-Hotel

TOP 13: Anfragen der Sitzungsbesucher

Aus den Reihen der Sitzungsbesucher werden zu folgenden Themen Anfragen gestellt:

- Asphalttrisse auf dem Weg bei der Schmidchen-Schleicher-Brücke
- Baufälliger Glockenturm an der Leichenhalle
- Wurzelwerk am Radweg in der Schwetzingen Straße